V-56 Für ein neues Verständnis von Wehrhaftigkeit

Antragsteller*in:	Sara Nanni (KV Düsseldorf)
Tagesordnungspunkt:	V Verschiedenes

Antragstext

Die Sicherheitslage in Europa ist sehr ernst. Seit Beginn der russischen Vollinvasion auf die Ukraine 2022 spüren auch wir in Deutschland, dass viele Gewissheiten der letzten Jahrzehnte brüchig geworden sind. Vieles deutet darauf hin, dass wir auch hier in Deutschland in einer Vorkriegszeit leben. Russland sabotiert, spioniert und attackiert uns schon heute mit Cyberangriffen und Desinformationskampagnen. Manche wollen diese Tatsachen verdrängen, anderen machen sie schlicht Angst. Beides ist menschlich, doch weder Angst noch Verdrängung sind gute Berater. Entscheidend ist, wie wir mit dieser Lage hybrider Angriffe auf unseren Frieden und unsere Freiheit umgehen – politisch, gesellschaftlich und persönlich.

Mit Mut und Tatkraft

Wir als Bündnis 90/Die Grünen begegnen dieser Zeit mit Mut, Verantwortung und Tatkraft. Wir glauben daran, dass wir damit nicht alleine sind. Die Menschen in diesem Land wollen sich schützen und verteidigen können um zu erhalten, was uns allen lieb und teuer ist: unsere Familien, unsere Freund:innen, unsere Demokratie und unser Leben in Freiheit.

Wie dringend eine Vorbereitung nötig ist, zeigen die deutlichen Warnungen der Dienste. Nur zögerlich ändert sich die Informationspolitik der Bundesregierung bezüglich der konkreten Lage. Für uns gehört eine gut informierte Öffentlichkeit zur Wehrhaftigkeit dazu. Doch viele Menschen nehmen eben auch eine Kluft wahr: zwischen den dramatischen Beschreibungen der Realität durch die Dienste und die Medien und der politischen Zögerlichkeit, die sie in der Politik feststellen.
Das führt dazu, dass sich manche innerlich abwenden, weil sie nicht wissen, wie sie mit der neuen Lage ganz persönlich umgehen sollen. Wir wollen diesen Beginn einer kollektiven Ohnmacht stoppen.

Deshalb schlagen wir vor, das Verhältnis zwischen dem Staat und seinen Bürger:innen im Kontext der sich vertiefenden sicherheitspolitischen Krisen neu zu denken.

Frieden in Freiheit vorbereitet verteidigen

Es braucht ein neues Verständnis von Wehrhaftigkeit - eines, das auf Bereitschaft, Überzeugung und Verantwortungsbewusstsein gründet. Gesamtstaatliches Krisenmanagement und die Verteidigung unserer Freiheit sind alles andere als reine Militärprojekte. Sie sind die Aufgabe der ganzen Gesellschaft - für- und miteinander, zivil und militärisch.

Statt wie die schwarz-rote Koalition nur über die Wehrpflicht zu streiten, sollten wir den vielen, die, wenn es drauf ankommt schon heute Verantwortung übernehmen wollen, endlich systematisch die Hand reichen.

Um gemeinsam gewappnet zu sein fordern wir ein Recht auf angemessene Vorbereitungsangebote in allen Bereichen des gesamtstaatlichen Krisenmanagements für alle deutschen Staatsbürger:innen und Menschen mit dauerhaftem Aufenthalt in Deutschland, das durch den Bund, die Länder und die Kommunen umzusetzen ist.

Wir wollen, dass in einer akuten Krise - sei es durch einen militärischen Angriff, eine Sabotageaktion oder eine Naturkatastrophe - alle Menschen in Deutschland wissen, was sie selbst tun können, um sich und Andere zu schützen oder zumindest die Folgen für Alle abzumildern. Wir wollen, dass alle Menschen in Deutschland sich vor einer möglichen Krise selbst weiterbilden können, um im Falle einer Krise noch handlungsfähiger zu sein. Wir wollen, das Organisationen, die in der Krise, im Verteidigungsfall oder bei anderen Gefahren hauptamtlich zuständig sind, leichter in Kontakt treten können mit denjenigen, die ehrenamtlich in genau diesen Lagen helfen wollen und nützliche Fähigkeiten mitbringen. Das umfasst alle Bereiche des gesamtstaatlichen Krisenmanagements, von der Bündnisverteidigung bis zum Katastrophenschutz. Wer sich zivil oder militärisch einbringen will und geeignet ist, soll nicht mehr vor verschlossenen Türen stehen. Wir wollen unseren Frieden in Freiheit vorbereitet verteidigen.

Bundesweite Koordinierungsstelle für gesamtstaatliche Krisenmanagement

Deshalb fordern wir die Einrichtung einer bundesweiten Koordinierungsstelle für gesamtstaatliche Krisenmanagement, angesiedelt beim Kanzleramt. Sie soll dafür sorgen, dass das Krisenmanagement der verschiedenen Ebenen konzeptionell zusammen gedacht wird - vom zivilen Engagement vor Ort bis zum militärischen Dienst.

Ein Element sollte die Einrichtung einer Onlineplattform sein, die unter dem Motto “Gemeinsam – vorbereitet - Krisen meistern und Frieden verteidigen” in den direkten Austausch mit der Bevölkerung geht und im Kern drei Dinge ermöglicht:

Erstens soll die Onlineplattform allen Bürger:innen erlauben, sich über lokale und bundesweite Angebote für Fort- und Weiterbildungen im Bereich des gesamtstaatlichen Krisenmanagements zu informieren.

Zweitens können dort alle Bürger:innen dort ihre bisherigen Fähigkeiten, die im Rahmen von Krisen nützlich sein können, angeben. Das umfasst militärische Vorkenntnisse genauso wie zivile Fähigkeiten.

Drittens soll es der Bundeswehr und den für Zivil- und Katastrophenschutz zuständigen Organisationen der verschiedenen Ebenen ermöglicht werden, auf die Fähigkeiten der Bürger:innen zuzugreifen und sie für Reserveübungen und Fortbilden anzuwerben. Der Aufbau der Reserve kann so zielgerichtet mit denjenigen erfolgen, die bereits Kompetenzen mitbringen und sie auch einbringen wollen.

Pragmatische Antwortet statt ideologische Debatten

Wir sind überzeugt: der Ansatz der Bundesregierung, jetzt mit dem neuen Wehrdienst langsam die militärische Reserve aufzubauen, ist keine ausreichende Antwort, weil sie nur junge Menschen in den Blick nimmt und sich auf den militärischen Teil des gesamtstaatlichen Krisenmanagements beschränkt. Darüber hinaus fehlt es der Bundesregierung an einer Personalstrategie für Gesamtverteidigung, die einen Personalaufwuchs bei der Bundeswehr (Soldat:innen auf Zeit und Reservist:innen) und den Zivilschutzorganisationen (Hauptamtliche

und Ehrenamtliche) - eben auch durch das Binden von Personal und durch Quereinsteiger:innen - erreichen will. Es braucht aber sofort Menschen aus allen Generationen, die das, was sie schon können, im Kontext der des gesamtstaatlichen Krisenmanagements einbringen können, wenn es drauf ankommt. Bisher gibt es keine Handhabe für den Staat, das Potenzial an Interessierten in einen faktischen Personalaufwuchs umzusetzen, - weder im zivilen, noch im militärischen Bereich geschweige wie beides zusammen gedacht wird. Es wird auch seitens der Bundesregierung nicht aktiv daran gearbeitet, dass mehr Menschen sich durch Aus- und Weiterbildung besser für den Ernstfall vorbereiten und in der Krise Verantwortung übernehmen können, weil sie wissen, was zu tun ist. Dabei wäre es so wichtig, dass mehr Menschen die Gelegenheit bekommen, sich selbst besser vorzubereiten und dadurch sich selbst und Anderen im Krisenfall helfen zu können.

Gemeinsam – vorbereitet - Krisen meistern und Frieden verteidigen

Viele Menschen in Deutschland tun zum Glück trotzdem bereits genau das: sie lassen sich im Betrieb zum Evakuierungshelfer:innen fortbilden, absolvieren einen Erste Hilfekurs, gehen auf Lehrgänge beim THW, bilden sich bei einer Hilfsorganisation wie dem Roten Kreuz weiter oder nehmen sogar an Reserveübungen der Bundeswehr teil. Je ausführlicher die Aus- oder Weiterbildung, desto schwerer ist es allerdings, diese in den Alltag zu integrieren. Viele wollen gerne mehr tun, stehen aber vor unüberwindbaren Vereineinbarkeitsproblemen, da die Lehrgänge oft über viele Monate oder sogar Jahre gestreckt stattfinden und so zur Dauerbelastung für Familie und Arbeitgeber werden.

Wir wollen deshalb, dass Reserveübungen bei der Bundeswehr und ausführliche Fortbildungen im zivilen Bereich in Zukunft als mehrmonatige Vollzeitfortbildungen angeboten werden. Diejenigen, die ihre Qualifikation für einen Teil des gesamtstaatlichen Krisenmanagements (zivil oder militärisch) durch Übungen in Vollzeit auf ein deutlich höheres Level bringen wollen, sollen dann einen Ausgleich zum Verdienstausfall bekommen. Damit setzen wir ein Zeichen: wer sich einbringen will, wird dabei aktiv vom Staat unterstützt. Schon heute versuchen viele Unternehmen, entsprechendes Engagement zu unterstützen und reflektieren ihre eigene Rolle in der Krisenvorsorge. Die Unternehmen müssen in Zukunft dann aber auch Wege finde, mehrwöchige oder -monatige Abwesenheiten für Vollzeitfortbildungen zu ermöglichen. Für Selbstständige müssen pragmatische Lösungen bei der Berechnung des Verdienstausfalls gefunden werden.

Von der Ukraine lernen

Die Ukraine zeigt es: ein Land wird nur effektiv mit Menschen aller Generationen, Geschlechter und Qualifikationen verteidigt. Dem wollen wir mit diesem Ansatz Rechnung tragen. Mit diesen Maßnahmen, so sind wir überzeugt, lässt sich das enorme Potenzial das unsere Gesellschaft hat, um sich zivil und militärisch gegen ein mögliche Aggression zu verteidigen und mit Krisenlagen umzugehen, am schnellsten und effektivsten heben.

Wir wollen Frieden und Freiheit schützen und uns vorbereitet verteidigen. Wir sind überzeugt: die Menschen in Deutschland wollen das auch.

Begründung

erfolgt mündlich

weitere Antragsteller*innen

Leon Eckert (KV Freising); Robin Wagener (KV Lippe); Agnieszka Brugger (KV Ravensburg); Niklas Wagener (KV Aschaffenburg-Stadt); Omid Nouripour (KV Frankfurt); Jeanne Dillschneider (KV Saarbrücken); Marcel Emmerich (KV Ulm); Tobias Lindner (KV Germersheim); Sebastian Schäfer (KV Esslingen); Konstantin von Notz (KV Herzogtum Lauenburg); Anja Seiffert (KV Berlin-Friedrichshain/ Kreuzberg); Jasmina Perske (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Misbah Khan (KV Bad Dürkheim); Rebecca Lenhard (KV Nürnberg-Stadt); Jamila Schäfer (KV München); Peter Heilrath (KV München); Janosch Dahmen (KV Ennepe-Ruhr); Sandra Detzer (KV Ludwigsburg); Anton Hofreiter (KV München-Land); sowie 72 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.